

Sepp, Jüri

Working Paper

Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2011-03

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Sepp, Jüri (2011) : Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2011-03, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/56598>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

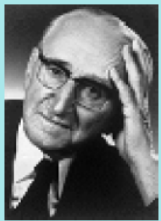
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Jüri Sepp

**Institutionelle Innovationen im
Infrastrukturbereich: Beispiel
Post in Estland**

Diskurs 2011 – 3

Jüri Sepp

Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland

Zusammenfassung

Unterschiedliche Wirtschaftssektoren brauchen wegen ihren technologischen Besonderheiten und volkswirtschaftlichen Rolle unterschiedliche Spielregeln. Insbesondere gilt es für Infrastrukturbereiche wie Energetik, Transport, Telekommunikation, Kommunalversorgung, aber auch Post. Hier sind in den letzten Jahrzehnten so grosse Änderungen teilweise schon passiert, teilweise erst im Gange, dass wir über fundamentale institutionelle Innovationen sprechen können.

In diesem Aufsatz werden wir die Suche nach neuen Spielregeln in einem von vielen Infrastruktursektoren, nämlich im Postbereich, ansehen. Dabei werden wir nicht nur die Rolle der unterschiedlichen Institutionen in der Postwirtschaft untersuchen, sondern auch die Rolle der unterschiedlichen Regulierungsebenen. Nämlich hängt der Endergebnis sowohl von der EU- als auch von der nationalen Politik der Mitgliedstaaten ab. In diesem Aufsatz werden insbesondere die Rahmenbedingungen der Postwirtschaft und deren Entwicklung in Estland dargestellt und bewertet. Methodologisch bleiben wir im Rahmen der normativen Regulierungstheorie. Die Ziel ist, sowohl mögliche Schwachstellen der Reformen als auch zur Verfügung stehende Änderungsansätze aufzuzeigen

Keywords:

Institutionenökonomie, Innovationssysteme, Infrastruktur, Post Estland

Prof. Dr. Jüri Sepp, University of Tartu, Narva 4, 51009 Tartu, Estland.

Jüri Sepp

Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland

Einführung

Den Hintergrund für unseren Beitrag bildet die Auffassung, die dank Douglass North allgemein anerkannt ist: für die gute Spiele braucht man gute Spielregeln. In der Wirtschaft messen wir die Qualität der Spiele durch den Wohlstand der Leute. Wenn wir hier die Probleme sehen, bedeutet das Institutionenversagen. Wenn wir hier einen Fortschritt erreichen wollen, sollen die Institutionen bzw Governance geändert werden.¹ Dabei sind seit Oliwer Williamson zwei institutionelle Ebene zu unterscheiden. Zuerst sind „Institutional Arrangements“ wichtig, die nicht nur von Roland Coase hervorgehobene Dichotomie zwischen Markt und Unternehmen wieder spiegeln, sondern auch von Williamson betonte hybride Koordinationsformen beinhalten. Aber andererseits funktionieren alle diese Arrangements im Rahmen eines „Institutional Environment“, die hauptsächlich vom Staat, aber wenigstens innerhalb der EU auch supranational gestaltet wird.

Unterschiedliche Wirtschaftssektoren brauchen wegen ihren technologischen Besonderheiten und volkswirtschaftlichen Rolle unterschiedliche Spielregeln. Insbesondere gilt es für Infrastrukturbereiche wie Energetik, Transport, Telekommunikation, Kommunalversorgung, aber auch Post. Hier sind in den letzten Jahrzehnten so grosse Änderungen teilweise schon passiert, teilweise erst im Gange, dass wir über fundamentale institutionelle Innovationen sprechen können.

In diesem Aufsatz werden wir die Suche nach neuen Spielregeln in einem von vielen Infrastruktursektoren, nämlich im Postbereich, ansehen. Dabei werden wir nicht nur die Rolle der unterschiedlichen Institutionen in der Postwirtschaft untersuchen, sondern auch die Rolle der unterschiedlichen Regulierungsebenen. Nämlich hängt der Endergebnis sowohl von der EU- als auch von der nationalen Politik der Mitgliedstaaten ab. In diesem Aufsatz werden insbesondere die Rahmenbedingungen der Postwirtschaft und deren Entwicklung in Estland dargestellt und bewertet. Methodologisch bleiben wir im Rahmen der normativen Regulierungstheorie. Die Ziel ist, sowohl mögliche Schwachstellen der Reformen als auch zur Verfügung stehende Änderungsansätze aufzuzeigen

Theoretische Grundlagen

Der Begriff institutionelle Innovation (II) ist in der Fachliteratur nicht sehr verbreitet. Doch finden wir einige Autoren, die damit arbeiten. Nach Voß (2002) umfassen II die Veränderung bestehender bzw. die Etablierung neuer gesellschaftlicher Regeln mit Wirkung auf Handlungsmuster. Kanatschnig und Schmutz (2004) behaupten, dass II beziehen sich auf die Organisation der gesellschaftlichen Akteure und deren Ordnungsprinzipien. Sie zielen auf die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen zur Stimulierung von mehr technischen, sozialen und institutionellen Innovationen durch Regeln mit Anreiz- und Hemmwirkungen ab

¹ Siehe z.B. Resel u.a. 2002, Voss u.a. 2001.

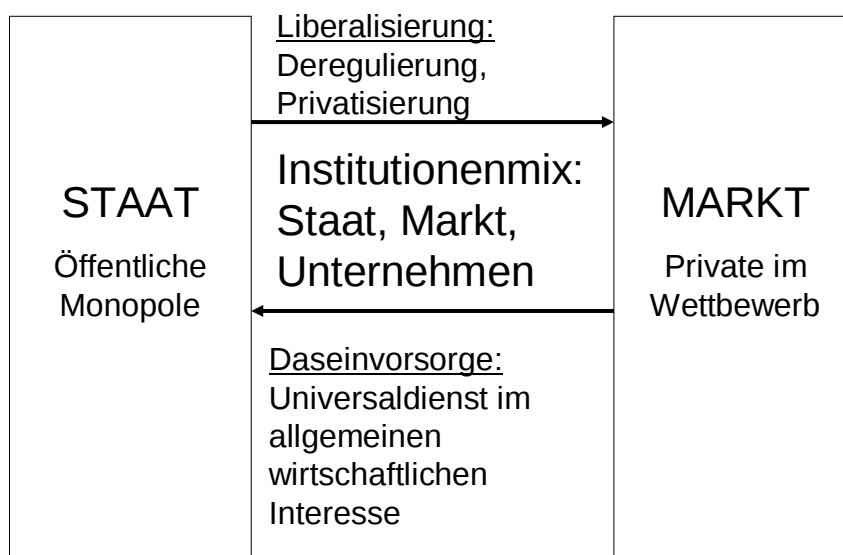
Gerade solche Ziele sind auch bei den Reformen im Infrastrukturbereich im Vordergrund. Mehr konkret kann man hier über zwei Hauptziele sprechen:

1. Sowohl statische als auch dynamische Effizienz der Infrastrukturwirtschaft zu erhöhen.
2. Das Angebot der spezifischen sozialpolitischen öffentlichen Güter, die vom Infrastrukturunternehmen erwartet werden, zu gewähren.

Die Innovationen betrafen hier alle drei grundlegenden Institutionen, die allgemein wirtschaftliche Aktivitäten koordinieren: den Staat, den Markt und die Organisationen.² Erste Zielsetzung (Effizienz) bedeutete die Bewegung in Richtung mehr Markt durch die Liberalisierung der Infrastruktursektoren. Das passierte wiederum durch Deregulierung, Markteröffnung und Privatisierung. Manchmal bedeutet es auch die Änderungen in der Organisation der Unternehmen, zB horizontale oder vertikale Entflechtung. Früher oder später ist man aber auch gezwungen, die neue Formen für die Durchsetzung der zweiten Zielsetzung zu suchen. So sind die Politiker und Ökonomen zur Problematik der Dienstleistungen im allgemeinen (auch wirtschaftlichen) Interesse und deren Spezialgebiet – der Universaldienstleistungen (UDL) - gekommen. In der deutschen Sprache wird oft auch über Grundversorgung bzw. Daseinsvorsorge gesprochen.

Graphisch können wir die Reformen als Suche nach dem neuen Gleichgewicht des Institutionen-Mix bzw der Koordinationsstruktur darstellen (Abb. 1).

Abb. 1. Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereichen.



Quelle: eigene Darstellung

Die UDL, die die flächendeckende Versorgung mit gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu „normalen“ Preisen gewähren müssen, wird politisch definiert und vom Staat durchgesetzt. In Estland gibt der Verbrauchergesetz eine Legaldefinition für die UDL:

² Zur diesen Dreiteilung siehe Homann, Suchanek 2005: 158-339.

„Universaldienstleistung ist im allgemeinen Interesse angebotene und von der Gesamtbevölkerung oder regional allgemein benutzte Dienstleistung, zB Gas-, Elektroenergie-, Wärme-, und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung, Kommunikation und sonstige ähnliche Dienste.“³

UDL sind ein wesentliches Element des Wohlfahrtsstaates; ihre Bereitstellung soll die volle Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Die Liberalisierung früher durch die öffentliche Hand erbrachter Leistungen macht eine Anpassung der Regelungen zur Aufrechterhaltung der Versorgung mit diesen gemeinwohlorientierten Leistungen erforderlich. Verstärktes Kostenbewusstsein und Gewinnorientierung im Wettbewerb stehen aufgrund fehlender Kostendeckung teilweise im Widerspruch zu einem ausreichenden Angebot an gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Die monopolistischen Betreiber waren zur Bereitstellung von UDL verpflichtet, eventuelle Defizite konnten durch Gewinne in anderen Bereichen finanziert werden. Mit der Einführung von Wettbewerbselementen kann eine interne Kostendeckung vielfach nicht mehr gewährleistet werden. Ohne Verpflichtung, UDL zu erbringen, würden nicht kostendeckende Leistungen aufgegeben. Gleichzeitig erzeugen Universaldienstverpflichtungen Wettbewerbsnachteile, sodass Mechanismen gefunden werden müssen, wie andere als der zur Erbringung des Universaldienstes verpflichtete Betreiber an der Finanzierung dieser Leistungen beteiligt werden können. Als bedeutende Aufgabe verbleibt der öffentlichen Hand nach der Liberalisierung des Marktzutritts die Konkretisierung des politischen Ziels, in welchem Umfang defizitäre UDL aufrechterhalten werden sollen, wer als Bereitsteller bestimmt wird, wer die Kosten trägt und wie die Finanzierung gesichert werden kann.

Bei den UDL haben wir mit den Dienstleistungen zu tun, die teilweise öffentliche Güter sind. Dabei sind diese Dienstleistungen von sich selbst in jedem Einzelfall gut ausschliessbar und können deswegen ohne weiteres auch privat im Gleichgewicht angeboten werden. Dieses Gleichgewicht ist aber oft politisch nicht erwünscht. Die geographische und ökonomische Zugänglichkeit (auch im Sinne des Preises) und Qualität der Dienstleistungen sind diese Eigenschaften, die den öffentlichen Korrektur brauchen und so den zuerst einfachen privaten Dienstleistungen eine öffentliche Komponente hinzufügen.

Tabelle 1. Güterkomponenten und Finanzierungsmodalitäten der UDL.

Komponente der UDL	Gütertypus	Finanzierung
Einzeldienstleistung	Privat	Preise
Systemcharakteristika: Zugänglichkeit u.a.	Öffentlich	Zuschüsse

Quelle: eigene Darstellung

Um diese gewünschte Eigenschaften zu gewähren, gibt es eigentlich zwei unterschiedliche Problemlösungen, die sicher auch kombinierbar sind.

1. Man kann für bestimmte Regionen bzw Marktsegmente die Monopolrechte reservieren, um die durch Universaldienstpflicht entstehende Zusatzkosten durch Quersubventionierung zu decken. Die erste Reformschritte im Post beinhalteten

³ Verbrauchergesetz

üblicherweise die Beibehaltung der reservierten (monopolistischen) Bereichen für einfache Briefe und Parzellen.⁴

2. Es ist möglich die Zusatzkosten der UDL sozusagen von aussen zu finanzieren, entweder direkt aus den öffentlichen Haushalten oder aus speziellen Ausgleichsfonds, die durch die Marktteilnehmer selbst zu bilden sind.⁵

Der reservierte Bereich bzw die Monopollösung liefert erfolgreich eine einfache sowie stabile Quelle der Finanzierung für die UDL. Dennoch bedeutet die Tatsache, dass dies auf der Monopolerhaltung basiert, ein Risiko einige der Vorteile des Wettbewerbs aufzugeben, wie beispielsweise Verbesserungen der Effizienz und innovativen Lösungen von neuen Teilnehmern.

Andererseits könnte die Abschaffung des reservierten Bereiches und die Markteröffnung wesentliche finanzielle Auswirkungen auf den Universaldienstanbieter haben, da Wettbewerber in der Lage sein werden, die lukrativsten Marktbereiche abzuschöpfen, ohne die Last der Universaldienstverpflichtung tragen zu müssen.

Es scheint, dass der Erhalt gleichwertiger Universaldienstverpflichtungen ohne neue Finanzierungsmechanismen finanziell nicht umsetzbar ist. Darauf verweisen die Länder, die ihre Märkte bereits liberalisiert haben, und in denen etablierte Betreiber ihre Universaldienstverpflichtungen selbst finanzieren mussten. Diese Betreiber, so Riechmann u.a. (2007: 12-28), wurden gezwungen, den Zugang zu Diensten herabzusetzen (Schweden) oder ihr finanzielles Gleichgewicht aufs Spiel zu setzen (Vereinigtes Königreich).

Riechmann u.a. (2007: 4) betonen ebenso: „Kommt es statt oder neben einem End-to-End Wettbewerb (Newcomer bauen eigene Infrastruktur auf) auch zu kommerziell attraktiven Zugangsvereinbarungen zu Teilen der bestehenden Infrastruktur der Post, dann ergibt sich, dass die von der Post durch den Wettbewerb zu tragenden Defizite sich gegenüber einer Situation ohne Zugang erhöhen – Es spielen hier zwei gegenläufige Effekte eine Rolle: einerseits verliert die Post durch den Zugang im Bereich Zustellung weniger Umsatz, da sie immerhin noch die Zugangsleistung vermarkten kann, andererseits jedoch werden alternative Anbieter in wesentlich mehr Situationen zu einer preiswerteren Alternative zum Incumbent. Der letztere der beiden Effekte dominiert nach unserer modellbasierten Einschätzung. Mit anderen Worten: ohne kostengünstigen Zugang sind alternative Anbieter oftmals nicht konkurrenzfähig, da sie im Bereich der Zustellung, im Besonderen in nicht-städtischen Gebieten, relativ zum Incumbent zu teuer sind. Im Gegensatz zur Situation ohne wirksamen Zugang wird nun stattdessen auch der Wettbewerb im Marktsegment nicht-prioritäre Massensendungen kommerziell attraktiv sowie die Belieferung von Kunden in nicht-städtischen Gebieten. Erzielt die Post keine weitreichendere Kostenrationalisierung, kommt es langfristig zu einer Finanzierungslücke von 7%. Finden Kostenanpassungen statt kommt es trotz des Marktanteilsverlustes nicht zu einer Finanzierungslücke.“

Man kann aber erwidern, dass etablierte Betreiber die Kosten der Universaldienstverpflichtungen relativ leicht decken könnten, indem sie den Preis erhöhten, eine Umstrukturierung hin zu einer stärkeren wirtschaftlichen Ausrichtung durchführ-

⁴ In Estland finden wir diesen Ansatz heute auch im Busverkehr. Gerade für die ländliche Gebiete werden temporäre Regionalmonopole ausgeschrieben, um in diesen die Quersubventionenpotential auszunutzen.

⁵ In Estland finanzieren die öffentliche Haushalte direkt den Personenverkehr mit, im Post- und Telekommunikationbereich ist wiederum die Konkurrenz zur Kasse gebeten.

ten oder indem sie den Nutzen aus Verbundvorteilen des Netzwerkes zögen (z.B. die Verwendung des gleichen Netzwerkes, um eine große Zahl wettbewerbsfähigerer Produkte anzubieten). Diese Vorteile werden aber kleiner, wenn auch die Wettbewerber den nichtdiskriminierenden Zugang zum Postnetz haben.

Andere Lösung wäre, das Qualitätsniveau der UDL herabzusetzen, damit sie die Anbieter weniger belasteten. Dies könne beispielsweise durch die Beschränkung von Preisuniformität und eine Reduzierung der Qualität geschehen. Eine Möglichkeit sei auch die Reduzierung der Dienste, die angeboten würden. Die Politik aber weist diese Idee oft zurück und bestätigt üblicherweise die existierenden Universaldienste.

Stattdessen haben die Theorie und Politik eine Reihe begleitender Maßnahmen identifiziert, welche die Länder verabschieden könnten, um sicher zu stellen, dass das Universaldienstangebot auf dem freien Markt finanziell umsetzbar bleibe.

- Staatlicher Ausgleich: durch direkte staatliche Subventionen oder – indirekt - durch den Einsatz öffentlicher Vergabeverfahren. Gegen die Möglichkeit der staatlichen Hilfe spricht, dass auf lange Sicht nationale Budgets immer Druck ausgesetzt sind. Außerdem gibt es Bedenken, dass es zu mehr Fällen von staatlicher Hilfe zu Lasten der Universaldienstanbieter kommen könnte, weil auch konkurrierende Dienste quersubventioniert werden, u.a. mit Mitteln, die für öffentliche Belange vorgesehen sind.
- Gebühren für den Netzzugang: Die Einführung einer Gebühr, die Markteinsteiger an die etablierten Betreiber zahlen müssen, um im Gegenzug dessen Netzwerk zu nutzen. Alternativ könnten Markteinsteiger sich dafür entscheiden, einen durchgehenden Dienst anzubieten (wie Sammlung, Sortierung, Transport und Zustellung im Postbereich).
- Ausgleichsfonds: Die Last der Universaldienstverpflichtung wird durch Steuern, die den Konkurrenz oder direkt den Kunden auferlegt werden, finanziert. Die Steuern können auf Einnahmen oder Gewinne angewendet oder auf einen festen Betrag festgelegt werden. Ausgleichsfonds wurden genutzt, um die Last der Universaldienstverpflichtung in den Sektoren Telekommunikation und Strom zu finanzieren; die Erfahrung mit dem Ausgleichsfonds als ein Finanzierungsmechanismus für den Universalpostdienst ist jedoch begrenzt.
- ‚Pay-or-play‘: Markteinsteiger können sich dazu entscheiden, nur kostengünstige Gebiete zu bedienen und in eine Art Ausgleichsfonds einzuzahlen, oder auch am Markt für kostenintensive Gebiete teilzunehmen (durch die Bereitstellung des Universaldienstes) und keine Steuer zu zahlen. Es existieren zwei Möglichkeiten dieses Schemas: eine ‚diskrete‘ Version, in der, wenn sich Markteinsteiger zur Teilnahme entscheiden, dies nur im vollen Umfang möglich ist (z. B. die Zustellung von Post in jedes Gebiet des Landes), sowie die ‚laufende‘ Version, wobei der Umfang, in dem der Markteinsteiger teilnehmen möchte, die Höhe der notwendigen Einzahlung in den Fonds bestimmt. Im Vergleich mit dem Ausgleichsfonds macht dieses System den Wettbewerb um kostenintensive Kunden für Markteinsteiger interessanter.

Es wurde in Europa keine einheitliche Lösung eingeführt, da jeder Mechanismus Vor- und Nachteile hinsichtlich Effizienz, Sicherstellung eines fairen Wettbewerbes, Wohlfahrtsgewinnen, Transparenz und Umsetzbarkeit beinhaltet. Auch aufgrund verschiedener politischer Ziele und regionaler Charakteristika sei ein einziger Ansatz für alle nicht durchführbar.

Das größte Problem in Zusammenhang mit diesen Mechanismen ist die Schwierigkeit, die genauen Kosten für die Universaldienstverpflichtung zu errechnen.

nen (Jaag u.a. 2008).. Außerdem hat jeder Mechanismus seine Vor- und Nachteile hinsichtlich Effizienz, Sicherstellung von lauterem Wettbewerb, Wohlfahrtsgewinnen, Transparenz und Praktikabilität. Dadurch ist er jeweils mehr oder weniger angemessen hinsichtlich der Charakteristika der Region oder des Landes, wo er eingeführt werden soll, und in Bezug auf die Ziele der Politik dieser Regierungen. Dies macht einen einheitlichen Ansatz für alle nicht umsetzbar.

Es gibt aber auch fundamentalere Meinungsunterschiede. International Post Corporation (IPC) ja German Institute for Economic Research haben aber zum Schluss gekommen (Zapf u.a. 2007), dass die Grundlagen der Postwirtschaft in der Wirtschaftspolitik nicht immer richtig verstanden werden. Bei der Liberalisierung müssten hier andere Modelle gelten als in den anderen Infrastrukturbereichen. Wenn die Gas- und Elektroenergiewirtschaft und sogar Telekommunikation einen festen materiellen Netz als *sunk costs* voraussetzen, wird die Postwirtschaft durch größere Offenheit und Mobilität charakterisiert. Die Autoren behaupten, dass wir hier kein natürliches Monopol haben, weil hier die Marktzutrittsschranken fehlen. Deswegen können hier die UDL und ihre Finanzierung mehr Wettbewerbsverzerrungen und -beschränkungen hervorrufen als Netzeigenschaften und Größenvorteile. Die Autoren empfehlen sogar die sektorspezifische Regulationen aufzugeben und sich mit allgemeinem Wettbewerbsrecht zu beschränken. Auf der anderen Seite betonen die Gewerkschaften selbstverständlich die Beschäftigungsaspekte und stehen der Liberalisierung der Postmärkte wiederum kritisch gegenüber (Bares 2009).

Die Postreform in Europa

Obwohl die institutionelle Innovationen in der oben beschriebenen Richtung zur Zeit globale Verbreitung haben (Bares 2009: 5-11), werden wir nur die Entwicklung innerhalb der EU konkreter ansehen, weil die den Hintergrund für estnische Reformen bilden und auch direkten Einfluss auf estnische Situation ausüben.

Der Postsektor ist wirtschaftlich gesehen von größter Bedeutung und wirkt sich auch auf andere Sektoren aus. Er erwirtschaftet jährlich ungefähr ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU und beschäftigt etwa 1,7 Millionen Arbeitnehmer.⁶

In der Praxis sehen wir eine lange schrittweise Liberalisierung. Die EU befindet sich derzeit in der letzten Phase eines seit 15 Jahren währenden Prozesses, der darauf abzielt, die Postdienste für mehr Wettbewerb zu öffnen. Inzwischen ist es gelungen, Meinungsunterschiede über das Tempo der Liberalisierung und darüber, wie die Universalien für die Verbraucher gesichert werden könnten, wenigstens vorübergehend zu überwinden.

Die ersten Initiativen zur Liberalisierung des Postsektors, wurden bereits in den frühen 1990er Jahren im Rahmen der Bemühungen um einen Binnenmarkt eingeleitet. Das Ziel war:

- Nationale Monopole für den Wettbewerb zu öffnen, um die Postdienste günstiger, schneller, effizienter und innovativer zu gestalten – ähnlich wie es in den Telekommunikations- und Energiesektoren der Fall gewesen ist;
- Die Leistungen in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren;
- Die Qualität der grenzüberschreitenden Dienste zu verbessern;

⁶ <http://www.euractiv.com/de/verkehr/liberalisierung-postdienste/article-161559?display=normal>

- Eine Antwort zu liefern auf die Zunahme an elektronischen Alternativen zur Post. Ursprünglich wurde befürchtet, dass die neue Elektronik zu einem Rückgang des Postaufkommens führen könnte, jedoch ist der Umfang der Postsendungen seit 2002 stabil.

Die erste Richtlinie über Postdienste wurde 1997 verabschiedet ([97/67/EG](#)). 2002 folgte eine zweite Richtlinie ([2002/39/EG](#)). Diese beiden Richtlinien haben dazu geführt, dass eine Reihe von Postdiensten für den Wettbewerb geöffnet wurden, unter anderem die Auslieferung von Paketen und Expressdienste, jedoch wurde bei den Briefen unter 50 Gramm keine Wettbewerbsöffnung erreicht. Etablierte Betreiber durften weiterhin diesen „reservierten Bereich“, der insgesamt über 70% des gesamten Postaufkommens darstellt und ungefähr 60% der Einnahmen des Sektors erwirtschaftet, abschirmen und sich „Betreiber der universellen Postdienste“ nennen. Staaten wie Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, Ungarn und Polen (die so genannte „südliche Gruppe“) befürchteten jedoch, dass eine schnelle Liberalisierung die öffentlichen Betreiber vernichten könnte und zu einer Minderung der Qualität der Dienstleistungen und einem umfassenden Abbau von Arbeitsplätzen führen könnte.⁷

In der dritten Postrichtlinie (2008/06/EG)⁸ einigten sich die Europaabgeordneten und die Mitgliedstaaten darauf, die vollständige Liberalisierung für alle Länder bis zum 1. Januar 2011 durchzuführen oder bis 2013 aufzuschieben. Das gilt für folgende Fälle:

- neue Mitgliedstaaten;
- Länder mit einer „besonders schwierigen Topografie oder vielen Inseln“, wie Griechenland, und;
- Länder „mit einer geringen Bevölkerungszahl und einer begrenzten geografischen Größe“, wie Luxemburg.
- Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, einigten sich das Parlament und der Rat auch auf die Einföhrug einer „Gegenseitigkeitsklausel“, die es den Postanbietern untersagt, in Märkte einzudringen, die bereits vollständig geöffnet sind, wenn sie selbst in Ländern mit reserviertem Bereich ansässig sind ([EurActiv vom 18. Juni 2007](#)).⁹

Die endgültige Richtlinie bestimmt auch eine Reihe flankierender Maßnahmen, die die Staaten nutzen können, um sicherzustellen, dass die Universaldienste auch in einem liberalisierten Markt finanziell lohnend bleiben. Zu diesen Maßnahmen könnten finanzielle Hilfen, wie direkte staatliche Subventionen, Quersubventionierungen von gewinnbringenden Diensten zu Verlustgeschäften oder die Schaffung eines Entschädigungsfonds durch die Einführung von Gebühren für neue Marktteilnehmer oder Kunden.

Die neue Richtlinie ermöglicht den Regierungen, die Kosten der Bereitstellung von Universaldiensten in der Form zu finanzieren, die ihrer individuellen Situationen am ehesten gerecht wird, sofern es dadurch nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Die Kommission ermöglicht auch den Einsatz staatlicher Beihilfen. Einer Forderung des Parlaments folgend schließt die Richtlinie eine Ergänzung ein, welche die Kommission verpflichtet, detailliertere Angaben zu machen, wie die Nettokosten für Uni-

⁷ http://ec.europa.eu/internal_market/post/doc/reports/report_de.pdf

⁸ http://ec.europa.eu/internal_market/post/doc/legislation/2008-06_de.pdf

⁹ <http://www.euractiv.com/de/verkehr/europaabgeordnete-verschieben-postreform-um-zwei-jahre/article-164703>

versaldienste zu kalkulieren sind. Damit sollen eine Rechtssicherheit und gleiche Bedingungen für alle Betreiber geschaffen werden sowie ein Missbrauch des Wettbewerbsrechts verhindert werden.¹⁰ Im Jahr 2010 wurde zusätzlich die Gruppe europäischer Regulierungsbehörden für Postdienste gegründet.¹¹

Die Ergebnisse sind bisher nicht so optimistisch ausgefallen. Riechmann u.a. beschreiben die Erfahrung der Liberalisierungsvorreiter UK und Schweden wie folgend (2007: 14):

„ Art und Weise des Wettbewerbs scheint davon abzuhängen, wie günstig oder ungünstig die Zugangsbedingungen zur Zustellungsinfrastruktur des Incumbents sind:

- wo Zugangsbedingungen marktgerecht sind, z. B. in Großbritannien, scheint sich eher ein Zugangswettbewerb zu entfalten. D. h. Wettbewerber bieten Vorleistungen wie Sortierung und vor allen Dingen den Transport zu den Verteilzentren an und überlassen die Zustellung dem Incumbent;
- wo Zugangsbedingungen eher ungünstig sind, z. B. in Schweden, scheinen sich die Anbieter eher für so genannten „End-to-end“ Wettbewerb zu entscheiden. D. h. sie übernehmen auch die Zustellung. In der Regel bieten sie jedoch ggü. dem Incumbent nur einen eingeschränkten Service an, d. h. sie stellen die Briefpost z. B. nur zweimal die Woche oder nicht unbedingt flächendeckend zu.

Unabhängig von der dominierenden Form des Wettbewerbs lässt sich jedoch beobachten, dass es neben dem Incumbent typischerweise nur einen oder zwei bedeutende Konkurrenten gibt. Dies deutet auf Größenvorteile von Newcomern hin, die auch in einem großen Land wie Deutschland in einer Region nur den Marktzutritt einer geringen Anzahl von Anbietern zulässt.“

Auch der Bundesbeauftragte Dieter Engels ist der Auffassung (2009), dass sich echter Wettbewerb im Briefpostmarkt allerdings erst noch entwickeln muss. Die Marktanteile der Wettbewerber bestätigen die zögerliche Entwicklung des Wettbewerbes selbst in jenen Mitgliedstaaten, die den Markt vollständig oder zum größten Teil geöffnet haben.

Okholm u.a. sehen (2010: 16) die Entwicklung im Wettbewerb im Jahre 2010 nicht viel besser:

- National postal operators maintain dominance in a number of market segments, a number of important entry barriers are outstanding, and a number of competition issues are reported.
- Despite the fact that full legal market opening has been achieved in Estonia, Germany, the Netherlands, Sweden, and the United Kingdom, actual competition in these countries is still low or undisclosed.
- Competition tends to be stronger outside the letter post segment, especially in express and parcels, and to a lesser extent in cross-border mail, direct mail, and publications.
- Interviews with competitor postal operators and trade unions revealed significant entry barriers. These must be overcome before the market can be considered truly

¹⁰ Für weitere Informationen über die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten, siehe <http://www.euractiv.com/de/verkehr/finanzierung-universaldienste-postlieferung/article-164740?display=normal>

¹¹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:217:0007:0009:DE:PDF>

open. Important barriers include the special VAT treatment of “public postal operators”; strict licensing requirements; lack of clarity regarding the latest EU case law; the presence of a reserved area where this is still the case; employment regulations; regulation regarding the financing of the USO and regulation of access to the postal infrastructure of the NPOs.

Auch die zweite Richtung der institutionellen Innovationen – die UDL – ist nach Okholm u.a. mit Problemen verbunden (2010: 17-18):

- The USO definition varies across countries but seems to be stable over time. This may indicate that the USO does not evolve in line with the need of today’s consumers.
- The Third Postal Directive foresees that the reserved area (the traditional source of financing for the net cost, if any, of the universal service), disappears. This has sparked a discussion about how to estimate the net costs of the USO. However, only a few countries have actually estimated net costs of the USO instead of gross costs of the USO.
- So far, financing of the USO does not seem to pose a major challenge in most countries. Only a few countries currently find it necessary to compensate the USP for the net costs of the USO. However, the countries that have implemented the Third Postal Directive have foreseen a compensation fund that can be activated if the USO will pose a (significant) net cost on the USP in the future.

Die Postreform in Estland

Im April 2009 hat Estland als fünftes Land in Europa¹² sein Postmarkt vollständig geöffnet, was zuerst die Abschaffung allen reservierten Bereichen bedeutete.¹³ Ganz konkret hat der bisherige Monopolist Eesti Post (EP) das Alleinrecht für einfache Briefe (unter 50 G) verloren. Dieses reservierte Bereich bildete noch im Jahr 2007 75% allen Briefsendungen.¹⁴ Theoretisch war auch damals möglich dem alten Postbetreiber Konkurrenz zu machen, aber in der Realität konnte man über prohibitive Marktschranke sprechen. Seit 2009 haben alle Postunternehmen wirklich das Recht, auch die einfache Briefe entsprechend dem Postgesetz zu befördern. Von der Marktöffnung sollten die Verbraucher und kleinere und mittlere Postunternehmen am meisten profitieren und dadurch die gesamte Wirtschaft.

Zur politisch definierten UDL gehören zur Zeit in Estland die Briefe bis zum 2 kg und Pakete bis zum 20 kg (ohne Partiesendungen). Als Qualitätskriterium gilt die Anforderung, dass 90% der inländischen Briefsendungen müssen schon am nächsten Tag zugestellt sein (Postgesetz §37). Für die geographische Zugänglichkeit gilt die Anforderung, dass in jedem Gemeinde und jeder Stadt ein Postamt sein soll, wobei in den Städten für jede zusätzliche 20000 Einwohnern ein zusätzliches Postamt vorgesehen

¹² Six Member States: Austria, Estonia, France, Germany, the Netherlands, and Slovenia may be considered as

countries where the existing laws are to a large extent already harmonised with the provisions in the Directive. This is based on the assessment of the respondents to the questionnaire. Germany may be in compliance to a large extent, but did not formally adopt any new law/amendments explicitly referring to Directive 2008/6/EC.

http://ec.europa.eu/internal_market/post/doc/studies/2010-main-developments_en.pdf

¹³ <https://www.riigiteataja.ee/akt/13091513>

¹⁴ <http://www.konkurentsiamet.ee/?id=13903>

ist. Auch für die Preise der UDL werden vom Wirtschaftsminister die Obergrenzen gesetzt.¹⁵

Die UDL-Ausschreibung fand im Jahr 2008 statt. Der einzige Teilnehmer und dann auch der Gewinner war EP. EP ist aber nicht mehr der Monopolist und hat den Anreiz für die Effizienzerhöhung durch die Kostenoptimierung und Produktentwicklung. Doch ist EP im Postsektor dominierend geblieben. Dazu trägt einerseits die breite Produktpalette¹⁶, andererseits aber etablierte Postnetz bei. Am Jahresende 2009 hatte EP 351 Postämter (im Jahr 2008 noch 407) und 3100 Briefkästen. Insgesamt hatte EP 3200 Mitarbeiter, davon beschäftigten sich mit dem Postdienst mehr als 2600. Der Anteil der UDL an der Gesamtumsatz des EP war etwa ein Drittel. Das Unternehmen hat 2009 schwarze Zahlen gezeigt, hauptsächlich dank der Beschäftigung mit unterschiedlichen logistischen und finanziellen Dienstleistungen. 2010 war der Gesamtgewinn des Unternehmens 7,2 Mio €.

Insgesamt sind zur Zeit auf dem estnischen Postmarkt 33 Unternehmen tätig, davon doch nur 1 (Express Post) im Universaldienstleistungsbereich als Konkurrent für EP.¹⁷ Im Jahr 2009 hatte EP noch zwei Mitbewerber. Doch hatte D2D Schwierigkeiten mit dem Entschädigungsfond und hat sich zum Jahresende aufgelöst. So hat die Marköffnung im UPD-Bereich keine Belebung des Wettbewerbs mitgebracht. Auch Anzahl der Marktteilnehmer insgesamt außerhalb der UDL hat sich nach anfänglichen Wachstum etwas reduziert. In den Jahren 2008 und 2009 waren auf dem estnischen Postmarkt noch entsprechend 39 und 40 Anbieter tätig (Tabelle 2). Man kann über bestimmte Ausleseprozess gesprochen werden und den ersten Ergebnis unserer Analyse festhalten: Liberalisierung hat keinen wesentlichen Wettbewerb im UDL-Bereich gebracht. Was könnten hier die Ursachen sein?

Tabelle 2. Anzahl der Anbieter auf dem Postmarkt in Estland 2008-2009.

Dienstleistung	2008	2009
UDL	1	1
Briefe	2	3
Postpakete	0	1
Expressdienst	38	39
Werbesendungen	6	8
Pressezusendung	2	4
Sonstige	2	4

Quelle: Wettbewerbsamt

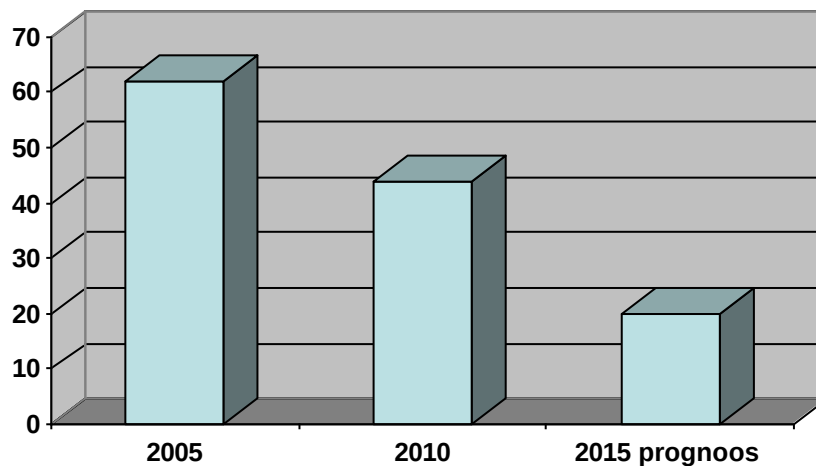
Erstens ist der Umsatz auf dem Postmarkt tendenziell rückgängig, weil elektronische Kommunikation an Bedeutung gewinnt (Abb. 2).

¹⁵ Z.B. gelten in Estland ab 01.01.2011 für einfache Briefe folgende Preise: bis 50 G 0,35, 50-100 G 0,40 und 100-150 G 0,45 Euro. http://www.post.ee/failid/UPT_kiri_EUR_2011.pdf

¹⁶ Neben der traditionellen Postdienstleistungen bietet die Firma auch vielfältige Logistik- und Finanzdienstleistungen an.

¹⁷ <http://mtr.mkm.ee/default.aspx?s=sastatistika>

Abb. 2. Marktentwicklung für Briefe in Estland (Mio. Stück).



Quelle: Eesti Post

Im Jahr 2008 war der Umsatz noch 77 Mio. Euro (UDL 40,1%; Expressdienst 36,1%; Pressezusendung 12,7%). Im 2009 war der Umsatz um 17,6% kleiner und bildete nur 63 Mio. Euro, davon Expressdienst 37,3%. UDL ist auf 26,2% gefallen, weil ein Teil der Briefsendungen (Partiesendungen) jetzt unter sonstigen Postsendungen berücksichtigt werden.

Die zweite Ursache ist sicher die Finanzierungsmodell für die Zusatzkosten der UDL. Im Unterschied zu anderen Postdienstleistungen, wo nur die Anmeldepflicht besteht (Expressdienst, Werbe- und Pressesendungen), müssen die im UDL-Bereich konkurrierenden Anbieter dafür vom Wettbewerbsamt (WA) ein Lizenz kriegen. Mit der Lizenz ist auch die Verpflichtung verbunden, sich an der Kompensation der UDL zu beteiligen.¹⁸ Die Einzahlungen in einen entsprechenden Entschädigungsfond werden von der Regierung festgelegt.¹⁹ Der Postgesetz sieht dafür die Obergrenzen vor: entweder bis 5% vom Umsatz oder den festen Betrag für jede Sendeeinheit. Zum Beispiel darf dieser Betrag für das einfache Brief nicht 0,19 Euro überschreiten (Postgesetz §41).

Die Marktaufsicht wird für den Postmarkt durch das WA gewährleistet. In Estland haben wir mit einem integrierten Aufsichtsbehörde zu tun, der gleichzeitig für *ex post* und *ex ante* Aufsicht zuständig ist. Der Universaldienstleister hat einmal im Quartal das Recht von dem WA die Entschädigung der mit UPD verbundenen Zusatzkosten zu beantragen.²⁰

Im Jahr 2009 waren die Zusatzkosten für EP, die vom WA anerkannt wurden 2,8 Mio. Euro. Die Einzahlungspflicht für EP war insgesamt um 0,1 Mio. Euro kleiner. Die Wettbewerber haben in diesem Jahr 0,09 Mio Euro eingezahlt. Diese Summe wurde dann im Jahresende dem EP ausgezahlt und die Differenz mit dem Sollwert blieb im Jahr 2010 auszuzahlen (Postside 2009.a. aruanne: 21). In einer Parlamentsanfrage

¹⁸ Finanzierungspflicht haben alle Postunternehmen, die nach dem §10 Postgesetzes das Lizenz für die Betätigung der Briefsendungen und Postpaketen haben. Allgemein sind die lizenzbedürftige Dienstleistungen dieselbe, die UPD bilden. Der Unterschied liegt nur bei den Partiesendungen, die Lizenz benötigen, aber nicht zur UPD gehören.

¹⁹ Die Verordnung von 5. März 2009 hat zB für einfache Briefe den Betrag 0,15 Euro und andere Briefe 1,21 Euro festgelegt. <https://www.riigiteataja.ee/akt/13156387?leiaKehtiv>

²⁰ Siehe die Verordnung des Wirtschaftsminister von 06.03.2009 Nr 21 <https://www.riigiteataja.ee/akt/13156505>

an Wirtschaftsminister²¹ wurde behauptet, dass EP im Jahre 2010 einen Verlust um 0,8 Mio Euro hatte, obwohl das Unternehmen beim Umsatz 53,2 Mio Euro insgesamt den Gewinn um 7,2 Mio Euro erreichte. Der Vorstand des EP droht den UPD-Vertrag abubrechen. So sind wir zum zweiten Ergebnis gekommen. Ausgleichsfond ist unter heutigen Umständen nicht nachhaltig oder gar nicht wirksam. Konkrete Ursachen sind zuerst die Wettbewerbssituation auf dem estnischen Postmarkt und zweitens politisch bestimmte Qualitäts- und Zugänglichkeits-, darunter auch Erschwinglichkeitskriterien. Es ist unmöglich, dass ein Konkurrent mit dem Marktanteil unter 10% (Express Post) kann allein alle UDL-Zusatzkosten für EP decken. Wie wir weiterhin sehen, will auch dieser einzige Konkurrent aus dem Markt raus.

Die folgende Lösungsmöglichkeiten sind zu überlegen:

- Direktsubventionen aus dem Staatshauhalt,
- Reduzierung der Zugänglichkeit und Qualität der UDL, um Kosten zu sparen,
- Die Preiserhöhung für die Konsumenten auf Kosten der Erschwinglichkeit.

Eine besondere Marktschranke ist mit der vertikalen Integration der Altanbieter EP verbunden. Obwohl Postgesetz §24 sieht vor, dass die Postnetze als *Essential Facility* den anderen Betreibern mit angemessener (kostenbasierenden) Preisen zugänglich sein müssen, besteht hier für EP die wesentliche Marktmacht. Notfalls sollen das WA und Gerichte die Konflikte lösen. Zur Zeit läuft das erste Gerichtsverfahren, wo EP die Verordnung des WA bestreitet. Die Verordnung sah vor, den Zugang zum EP-Postnetz für den einzigen Konkurrenten Express Post zu erleichtern.²² So sehen wir in der Praxis eine festgefahrene Lage. Weil die Lösung noch die gefunden ist, können wir den dritten Ergebnis feststellen: vertikale Integration hat sich als eine sichtbare Marktschranke erwiesen. Hier könnte man die vertikale Verflechtung nach Vorbild der Energie- und Gaswirtschaft überlegen.

Es ist nicht verwunderlich, dass in solcher Lage beide Seiten sich für eine Fusion interessiert haben. Es wurde ein entsprechender Vorvertrag abgeschlossen und das Vorhaben im Wettbewerbsamt angekündigt. Wir sehen hier den vierten Ergebnis der Liberalisierung: es droht die Remonopolisierung des Postmarktes.

Der gemeinsame Marktanteil der fusionierenden Unternehmen auf den Märkten für Presse-, Werbe- und Briefsendungen beträgt 100%. Bei der genauer Betrachtung betrifft die Fusion vier Teilmärkte, von denen nur Expressdienst durch Fusion nicht gefährdet ist (Tabelle 3).²³ Die andere drei werden vollständig monopolisiert, wobei bei der Pressezustellung haben die Unternehmen sogar ungefähr gleiche Positionen. Da wären Schaden von der Fusion am größten. Für die Werbe- und Briefsendungen wäre durch die Fusion nur die Marktbeherrschung durch den Monopol ersetzt. Dadurch wäre Wettbewerbspotential verloren gegangen. Es ist selbstverständlich, dass WA die durch das Wettbewerbsgesetz vorgesehenen zeitlichen Möglichkeiten für die Bearbeitung des Falles ausnutzte, aber letztendlich die Fusion doch untersagte.²⁴ Das war überhaupt erste Untersagung in der nationalen Fusionskontrolle.

²¹ http://www.riigikogu.ee/?op=ems&P_APKK=AP&page=apkk_nimekiri&user_id=1071439&sort=regnr

²² <http://majandus.delfi.ee/news/uudised/eesti-post-andis-konkurentsiameti-kohtusse.d?id=43679271>

²³ Beschluss des WA 18.05.2011.a nr 5.1-5/11-011

²⁴ <http://www.logistikauudised.ee/?PublicationId=480bbf85-9026-4286-a085-5954c32b6d1e>

Tabelle 3. Marktanteile von Eesti Posti und Express Post.

Firma	Eesti Post	Express Post
Teilmarkt		
Pressezustellung	40-60	40-60
Direktwerbung	90-100	0-10
Einfache Briefe	90-100	0-10
Expressdienst	10-20	0-5

Quelle: Wettbewerbsamt

So ist es theoretisch die Möglichkeit für den Wettbewerb im UDL-Bereich erhalten geblieben, aber praktisch funktioniert die vorgenommene institutionelle Innovation nicht. Als Ergebnis steigen zuerst die Preise für die Briefmarken und reduziert sich die Zugänglichkeit des Postnetzes für die Konsumenten durch die Schliessung der Poststellen.

Zusammenfassung

In diesem Aufsatz haben wir die neue Spielregeln in einem von vielen Infrastruktursektoren, nämlich im Postbereich, untersucht. Wir haben festgestellt, dass hier alle grundlegende Institutionen – Staat, Markt und Unternehmen – von den Innovationen betroffen sind. Diese Innovationen haben zwei Ziele – einerseits Effizienz durch mehr Markt und Wettbewerb, andererseits aber die Gewährleistung des Dienstleistungsangebots nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Interesse. Dabei haben wir innerhalb der EU auch eine bestimmte Arbeitsteilung festgestellt. Die EU setzt mit den eigenen Direktiven auf Liberalisierung und lässt die flankierenden Maßnahmen im Interesse der Grundversorgung mit der Universaldienstleistung den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen.

Die praktische Umsetzung der Reformen hat aber bisher keinen großen Erfolg gebracht. Der Wettbewerb ist insbesondere im Grundversorgungsbereich bescheiden geblieben und trotzdem sind die wichtigsten Merkmale der Universaldienstleistung – geographische und ökonomische Zugänglichkeit und Versorgungsqualität durch Sparmaßnahmen der Universaldienstleister gefährdet.

Konkret für den Fall Estland haben wir in der Entwicklung nach der vollständigen Markteröffnung im Jahre 2009 vier problematische Ergebnisse festgestellt:

- Liberalisierung hat keinen wesentlichen Wettbewerb im UDL-Bereich gebracht,
- Finanzierungsmodell für die UDL-Verpflichtung ist unter heutigen Umständen gar nicht wirksam,
- vertikale Integration hat sich als eine sichtbare Marktschranke erwiesen,
- es droht die Remonopolisierung des Postmarktes.

Literatur

- Bares, E. (2009). Was hat die Postliberalisierung gebracht? UNI Post und Logistik.
- Coase, R. (1937). "The Nature of the Firm", *Economica* 4 (16): 386–405,
- Engels, D. (2009) Die Postreform in Deutschland. Eine Rückschau. Kohlhammer Verlag.
- Homann, K.; Suchanek, A. (2005). *Ökonomik: Eine Einführung*. 2. Aufl. Mohr Siebeck.
- Jaag, Chr.; Koller, M.; Trinkner, U. (2008). Calculating the cost of the universal service obligation – the need for a global approach. Swiss Economics Working Paper 0010.
- Kanatschnig, D.; Schmutz, P. (2004). Institutionelle Innovationsstrategien. Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 26/2004.
- North, D. (1990). *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge University Press.
- Okholm, H.B., Winiarczyk, M., Moller, A. (2010). Main developments in the postal sector (2008-2010). Copenhagen Economics.
- Resel, K.; Ömer, B.; Kanatschnig, D. Institutionelle Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. Analyse institutioneller Nachhaltigkeitsdefizite. Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 29/2002.
- Riechmann, Chr.; Vaterlaus, S.; Zenhäusern, P. (2007). Auswirkungen Postmarktliberalisierung 2011, Frontier Economics Ltd.
- Zapf, H.-M.; Wey, Chr.; Baake, P. (2007). How to regulate the postal industry: an economic approach. International Post Corporation, German Institute for Economic Research.
- Williamson, O. E. (2002). "The Theory of the Firm as Governance Structure: From Choice to Contract." *Journal of Economic Perspectives*, 16(3): 171–195
- Voß, J.-P. ; Barth, R. Ebinger, F. (2001). Abschlussbericht zur Sondierungsstudie „Institutionelle Innovationen im Bereich Energie- und Stoffströme“. Institut für angewandte Ökologie.
- Voß, J.-P., Barth, R., Ebinger, F. (2002): Institutionelle Innovationen: Potenziale für die transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. In: Balzer, I., Wächter, M. (eds): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München: Ökom-Verlag, pp.69-87.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen

- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?

- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzeptionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
-
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea
- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?
-
- 2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor
- 2011 – 2 Rõigas, Kärt – Linkage between productivity and innovation in different service sectors
- 2011 – 3 Sepp, Jüri – Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de